

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD

Die Zukunft der Helenenstraße gestalten

Die Helenenstraße stellt die einzige echte Sackgasse im Bremer Viertel da. Seit 1878 ist diese Straße fast ununterbrochen als Bordellstraße ausgewiesen. Während des Zweiten Weltkrieges kam es auch in dieser Straße zu erheblichen Bombenschäden durch britische Luftangriffe, welche auch heute noch nicht vollständig beseitigt sind. Arbeiteten zur Hochzeit der Helenenstraße etwa hundert Frauen in der Straße, sind es heute erheblich weniger. Teilweise stehen dort Räumlichkeiten leer, was inzwischen zur Vermietung an Privatpersonen geführt hat. Insgesamt dürfte der Wert der vorhandenen Immobilien gerade auch im Vergleich zu anderen Immobilien im Viertel drastisch gesunken sein.

In den letzten Wochen hat sich eine öffentliche Diskussion darüber ergeben, dass die vorhandenen Sichtschutzmauern abgerissen werden und der Straßenraum hin zur Straße „Vor dem Steintor“ geöffnet werden soll.

Soweit diese Pläne umgesetzt werden, stellen sich, auch beim bestehenden Konsens der Beibehaltung der Prostitution als wesentliche Zweckwidmung der Straße, viele stadtentwicklungspolitische Fragen. Das einfache Abreißen einer Mauer wird kaum etwas an den Problemen im Umfeld dieser besonderen Straße verändern.

Wir fragen den Senat:

1. Beabsichtigt der Senat, das Gebiet der Helenenstraße als Sanierungsgebiet gemäß § 136 ff. BauGB festzulegen?

2. Soweit der Senat dies beabsichtigt, wird die Verbesserung der Wohn- und Arbeitsbedingungen der Sexarbeiterinnen überwiegender Bestandteil dieser Planung werden?
3. Gedenkt der Senat, mit den Immobilieneigentümern auch auf Grundlage des Bremischen Gesetzes über die Stärkung der Einzelhandels- und Dienstleistungszentren in Gespräche darüber einzutreten, wie diese sich an der städtebaulichen Aufwertung beteiligen können oder wollen?
4. Welche weitere stadtentwicklungspolitische Konzeption verfolgt der Senat in diesem Gebiet? Hält der Senat eine Wohnnutzung ergänzend zum Dienstleistungsstandort für wünschenswert?
5. In welcher Form wird der Senat die wünschenswerte Beteiligung des Beirates, der Immobilienbesitzer und der Dienstleisterinnen sicherstellen?
6. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, kurzfristig mit niedrighschwelligen Maßnahmen wie z. B. Beleuchtung oder Straßenreinigung zur Verbesserung der Arbeitssituation der dort tätigen Frauen beizutragen?

Jürgen Pohlmann, Arno Gottschalk, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD